

►► Deshalb reisen zurzeit Regierungs- und Unternehmensvertreter aus Frankreich, Deutschland und Österreich – wie beispielsweise die OMV am Dienstag – in die turkmenische Hauptstadt Aschgabat. Turkmenistan hält sich nach allen Seiten offen und sucht noch nach ausländischen Investoren, um seine Gasproduktion deutlich auszuweiten. Ein erfahrener „Fachmann mit einem ausgezeichneten internationalen Ruf“ – wie RWE Joschka Fischer bezeichnet – kann dabei viele Türen öffnen. „Wir freuen uns, dass er sein Gewicht in die Waagschale wirft“, so Judisch.

Auch aus Aserbaidschan könne sich RWE Gaslieferungen gut vorstellen. „Wir sind optimistisch, dass uns das gelingt“, sagte Peters. Der Anrainerstaat am Kaspischen Meer habe sich schon sehr früh für Geschäfte im Upstream-Bereich mit westlichen Ländern geöffnet. Allerdings hat sich die Führung in Baku inzwischen auch wieder Russland zugewandt und zeigt sich in den Energieverhandlungen – insbesondere mit der Türkei – selbstbewusst. So hatte Präsident İlham Aliyev Anfang Februar auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos verkündet, dass Aserbaidschan sein Erdgas durchaus weiter an Russland verkaufen könne. Sollte es nicht zu einem baldigen Durchbruch bei Nabucco kommen, könnten die Lieferungen an Russland ausgeweitet werden.

Aliyev ist vor allem unzufrieden mit dem Preis, den die Türkei für die

Gaslieferungen zahlen will. „Die Preise, die uns die Türkei im Rahmen des Nabucco-Projekts anbietet, stellen uns nicht zufrieden“, sagte Aliyev. Unter diesen Umständen könne sein Land „keinen Beitrag für die Fortsetzung der Nabucco-Pipeline“ leisten.

Ein absolutes Tabu für deutsche und andere EU-Unternehmen sind zurzeit Gas-Beziehungen mit dem Iran. „Wenn der Iran ein akzeptiertes Mitglied der Welthandelsgemeinschaft ist, können wir Geschäftsbeziehungen aufnehmen“, erklärte Peters von RWE. Momentan könne sich RWE aber nicht vorstellen, Erdgas aus dem Iran zu beziehen.

Erfolg hängt auch von potenziellen Abnehmern ab

Der Erfolg von Nabucco hängt letztlich auch von den potenziellen Abnehmern ab. Dazu will das Konsortium im dritten Quartal ein Open-Season-Verfahren durchführen, um die Transportkapazitäten zu vermarkten. Ziel ist es, mit den Marktakteuren die tatsächlich zu buchenden Kapazitäten festzulegen. „Unsere Marktuntersuchungen haben gezeigt, dass die Kapazitäten im Rahmen des Open-Season-Verfahrens ausgebucht sein werden“, sagte Peters. Die Hälfte der Transportkapazitäten soll an Dritte vergeben werden, während die anderen 50% für die Pipeline-Eigentümer reserviert sind.

Interesse hat unterdessen die Bayerngas GmbH bekundet, die künftig Erdgas aus der Kaspischen Region einkaufen und über die geplante Nabucco-Pipeline nach Deutschland transportieren will. „Wir führen Gespräche mit potenziellen Lieferländern aus der Kaspischen Region“, sagte ein Bayerngas-Sprecher. Bayerngas werde sich an dem Open-Season-Verfahren von RWE beteiligen. Für die Diversifizierung der Bezugsquellen sei es wichtig, eigene Lieferbeziehungen mit Produzentenländern aufzubauen, erklärte der Bayerngas-Sprecher.

An dem Nabucco-Konsortium sind die RWE, OMV AG (Österreich), MOL (Ungarn), Transgaz (Rumänien), Bulgargaz (Bulgarien) und Botas (Türkei) zu je einem Sechstel beteiligt. Versuche des französischen Versorgers GDF Suez, in das Projekt einzusteigen, scheiterten bislang an dem Veto der Türkei. Ankara hat die Energiebeziehungen mit Frankreich auf Eis gelegt, weil das französische Parlament in den Augen der türkischen Regierung in der Armenier-Frage zum Nachteil der Türkei agiert.

Als potenzielle Lieferanten kommen folgende Länder in Frage: Aserbaidschan mit 1.35 Mrd cbm gesicherten Reserven, Usbekistan (1.850 Mrd cbm), Turkmenistan (2.860 Mrd cbm), Kasachstan (3.000 Mrd cbm), Irak (3.170 Mrd cbm), Iran (26.740 Mrd cbm). Im Vergleich dazu verfügt Russland über 47.820 Mrd cbm an Erdgas. *Ali Uluçay*

Erzeugung

BET: Ein Energieträger bleibt beim Energiekonzept auf der Strecke

Strom-Mix. Beim geplanten Energiekonzept der Bundesregierung wird einer der drei Energieträger Kernkraft, Kohle oder Erneuerbare Energien auf der Strecke bleiben. Zu dieser Einschätzung kommt Michael Ritzau, Geschäftsführer des BET Büros für Energiewirtschaft und technische Planung aus Aachen, in einem Interview mit Dow Jones Energy Weekly. Die Regierungskoalition aus Union und FDP strebe eine Laufzeitverlängerung der Kernkraft-

werke (KKW) an, verfolge den Bau neuer Kohlekraftwerke und den Ausbau Erneuerbarer Energien, erklärte Ritzau. „Man wird aber nicht alle drei Ziele gleichermaßen erfüllen können“, sagte Ritzau.

An das Energiekonzept, das die Regierung im Herbst verabschieden will, seien hohe Erwartungen gerichtet. Letztlich müssten aber die Unternehmen betriebswirtschaftliche Entscheidungen treffen. Daher könne das Konzept allenfalls die Rahmen-

bedingungen für Investitionsentscheidungen transparenter machen. Ritzau geht davon aus, dass es langfristig wenige Investitionen in konventionelle Kraftwerke geben wird. Sollten sich die Rahmenbedingungen des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) und der Kraft-Wärme-Kopplung aber stark verändern, könnte sich dies ändern.

Insbesondere der Bau neuer Kohlekraftwerke habe sich deutlich erschwert. ►►

Erzeugung

► Ritzau nennt dafür vier Faktoren: Die geplante Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke (KKW), die zu einem Überschuss an Kapazitäten insbesondere für die Grundlast führen werde. Zweitens die hohen Anlagenpreise und drittens das hohe Ausbautempo für Erneuerbare Energien, das man unterschätzt habe. „Als vierter Faktor kommt der lokale Widerstand bei Kohlekraftprojekten hinzu“, sagte Ritzau. Als Preis treibende Faktoren für die Wirtschaftlichkeitsanalyse von sowohl Kohle- als auch Gaskraftwerken führte er die CO₂-Preise an, die laut Prognosen in der dritten Emissionshandelsphase ab 2013 steigen werden. „Es gibt hier eine Verschiebung zugunsten von Gas“, erklärte Ritzau. Gleichwohl hätten aber Gaskraftwerke kaum bessere Chancen.

Die CO₂-Abscheidung und -Lagerung (CCS – Carbon Capture and Storage) könne wirtschaftlich insbesondere bei Braunkohlekraftwerken sein, meinte der BET-Geschäftsführer. Fraglich sei aber, „ob die Technologie großflächig in Deutschland anwendbar ist“.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien sieht er das größte Potenzial im Repowering von Windkraftanlagen an Land (Onshore). Aber auch Anlagen auf hoher See (Offshore) würden sich mittelfristig entwickeln.

Eine Erzeugungslücke sei nicht zu erwarten, prognostizierte der BET-Geschäftsführer, wohl aber Engpässe im deutschen Stromnetz. Sollte der Netzausbau nicht zügig vorangetrieben werden, könnten Engpässe von Nord nach Süd entstehen. „Dann wird es zwei unterschiedliche Preiszonen geben: Der Norden mit niedrigen aber volatilen Preisen und der Süden mit einem hohen Preisniveau“, sagte Ritzau.

Um die zunehmenden Netzschwankungen aufgrund der Einspeisung von Windenergie künftig besser auszugleichen sind nach Ansicht des BET-Geschäftsführers mehr Speicherkraftwerke erforderlich. Darüber hinaus müssten die Netze modernisiert und schließlich neue Kraftwerke gebaut werden. „Kraftwerke müssen schneller regelbar sein. Aber Flexibilität hat ihren Preis; daher sind derartige Anlagen im Moment nicht immer wirtschaftlich“.

Ali Uluçay

Mappus erwartet „klares Signal“ von Merkel im Streit um Neckarwestheim I

Laufzeitverlängerung. Im Streit um die Abschaltung des Kernkraftwerks Neckarwestheim I erwartet Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus Rückendeckung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (beide CDU). Er gehe davon aus, dass „vom Kanzleramt ein klares Signal kommt“, sagte Mappus vor Beginn des Politischen Aschermittwochs der Südwest-CDU in Fellbach bei Stuttgart.

Eine Abschaltung des Atommeilers sei „mit Baden-Württemberg nicht zu machen“. Dies widerspräche dem Koalitionsvertrag sowie den Versprechen vor der Wahl. Neckarwestheim I sei nicht verzichtbar. „Wenn es nötig ist, werde ich mich persönlich einschalten“, kündigte Mappus an.

Der Regierungschef forderte zugleich von den Energieversorgern, die Hälfte ihrer Gewinne aus den Laufzeitverlängerungen für die Entwicklung neuer Energien bereitzustellen. „Ich möchte eine Verlängerung und im Gegenzug viel mehr Geld zur Verfügung haben für die Einführung der Erneuerbaren Energien.“

Die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Neckarwestheim I ist im

Haushalt der baden-württembergischen Landesregierung bereits fest eingeplant. Dies sagte ein Sprecher des Umweltministeriums in Stuttgart und bestätigte einen entsprechenden Bericht der „Stuttgarter Zeitung“. Demnach sind im Etat des Umweltministeriums in diesem Zusammenhang Mehreinnahmen von 2 Mio EUR vorgesehen. Es handelt sich um erwartete Gebühren für Genehmigungen in diesem und nächsten Jahr, die bei einer Laufzeitverlängerung fällig werden. Dies werde im Doppelhaushalt als „Erhöhungen aufgrund von Veränderungen im Bereich der Energiewirtschaft“ aufgeführt, hieß es.

Seit einigen Tagen gibt es in der Berliner Koalition Streit um den energiepolitischen Kurs. Auslöser war ein Appell von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) an die Union, sich möglichst bald von der Atomkraft zu verabschieden und auf Erneuerbare Energien zu setzen.

Die Reststrommenge von Neckarwestheim I ist voraussichtlich in den kommenden Monaten aufgebraucht. Der Reaktor war 1976 in Betrieb genommen worden und ist der zweitälteste Atommeiler in Deutschland.

USA planen Bau neuer Atomkraftwerke

Kreditzusagen. Nach drei Jahrzehnten Pause sollen in den USA neue Atomreaktoren gebaut werden. US-Präsident Barack Obama kündigte in Lanham bei Washington staatliche Kreditzusagen in Höhe von rund 8 Mrd USD für den Bau von zwei Reaktoren im Bundesstaat Georgia an. Der Ausbau der Atomenergie sei nötig, um die Abhängigkeit der USA von Ölimporten zu verringern und den Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen zu verringern, sagte Obama. Seine Zusagen fundieren auf einem Gesetz aus der Amtszeit seiner Vorgängers George W. Bush – dies erlaubt staatliche Kredite für Projekte privater Enregiekonzerne, sofern sie den Ausstoß an Treibhausgasen verringern.

Oettinger will EU-Standards für Atommüll

Zielsetzung. Der neue EU-Energiekommissar Günther Oettinger will europäische Standards bei der Atommüll-Endlagerung. „Wir brauchen für die Endlagerung, die in der Verantwortung der nationalen Geldgeber ist, einheitliche, und zwar die höchsten einheitlichen Sicherheitsstandards“, sagte Oettinger dem „NDR“. Diese zu erarbeiten sei Aufgabe der europäischen Ebene. Oettinger wandte sich gegen Spekulationen, Deutschland könnte seinen Atommüll künftig im Ausland entsorgen. Er bekräftigte auch die Aussage des Koalitionsvertrages zwischen Union und FDP, dass das Zwischenlager Gorleben weiter untersucht werden soll.